

5000 Mann für den Grenzschutz

● Haushaltskommissar Günther Oettinger plant, die Europäische Grenzschutztruppe Frontex auf mehr als 5000 Mann aufzustocken. Bisher beschäftigt Frontex rund 1600 Grenzschrützer. Das geht aus den Plänen zum Siebenjahresbudget der EU hervor, die Oettinger am Mittwoch in Brüssel vorstellen will. In dem Haushaltsentwurf für 2021 bis 2027 seien entsprechende Mittel für Frontex eingeplant, sagt Oettinger: »Mein Ziel ist es, dass die Kontrollen an den Binnengrenzen etwa zwischen Österreich und Deutschland möglichst schnell wieder verschwinden können und dass das Reisen sowie der Warenverkehr im Schengenraum nicht auf ewig erschwert wird.« Mehrere

Schengenländer, darunter Deutschland, hatten Kontrollen an den Binnengrenzen mit dem Argument wieder eingeführt, die EU-Außengrenzen etwa zwischen Griechenland und der Türkei seien nicht ausreichend geschützt. Die ausgebaute Frontextruppe soll laut Oettinger möglichst innerhalb der ersten drei Jahre nach Beschluss des neuen Finanzrahmens einsatzbereit sein.

Oettingers Pläne sehen zudem vor, dass in dem über eine Billion Euro umfassenden Budget erstmals die Belastungen von Kommunen durch die Flüchtlinge berücksichtigt werden, etwa bei der Verteilung von sogenannten Kohäsionsmitteln. Agrar- und Regionalfördermittel sollen im ersten Post-Brexit-Haushalt dagegen gekürzt werden. Über den Haushaltsentwurf der Kommission entscheiden das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten. MP



Grenzanlage zwischen Bulgarien und der Türkei

Terror

Verwirrter Taliban

● Der sogenannte deutsche Taliban ist möglicherweise psychisch krank. Der im Februar von Spezialkräften in der Taliban-Hochburg Helmand im Süden Afghanistans festgenommene Deutsche Thomas K. machte auf deutsche Beamte in Kabul einen so stark verwirrten Eindruck, dass er nach seiner am Donnerstag erfolgten Auslieferung nach Deutschland von Psychologen untersucht werden soll. Der 36-Jährige, der neben der deutschen auch



Thomas K. in Helmand

die polnische Staatsangehörigkeit besitzt, war bereits 2012 in die Krisenregion gereist, dort soll er sich den radikalislamischen Taliban angeschlossen haben. Schon zuvor war er wegen seiner Sympathie für Dschihad-Gruppen im Visier der deutschen Behörden. Zwischenzeitlich befürchtete man, dass er Anschläge gegen deutsche Einrichtungen in Afghanistan oder die Bundeswehr verüben könnte, weswegen Fahndungsplakate vor ihm warnten. Der Kabuler Geheimdienst mutmaßt sogar, dass er zu einer Eliteeinheit der Taliban gehörte. MGB



Demokratie

Deutsche wissen nicht, was sie wählen

● Die Mehrheit der Bürger versteht das Wahlsystem nicht: Nur 28 Prozent der in Deutschland Wahlberechtigten können Erst- und Zweitstimme richtig zuordnen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts polltix. Weniger als die Hälfte der 1386 Befragten (42 Prozent) erklärte korrekt, dass sie mit ihrer Zweitstimme die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag und damit indirekt auch die der Regierung bestimmt. Dass mit der Erststimme der Kandidat aus dem Wahlkreis gewählt wird, wusste nur rund jeder Dritte (36 Prozent). Das Verständnis des Wahlsystems wird auch vom Bildungsgrad bestimmt: So können nur 30 Prozent der wenig Gebildeten (Hauptschulabschluss, ohne Abschluss) die Funktion der Zweitstimme korrekt benennen, dafür aber 57 Prozent der Abiturienten und Akademiker. Männer wissen besser Bescheid als Frauen: 41 Prozent der Männer gaben korrekt an, dass die Zweitstimme die wichtigere Stimme ist, bei den Frauen waren es nur 32 Prozent. Kaum einen Unterschied gab es dagegen zwischen West- und Ostdeutschen. Experten wie Ex-Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) oder der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker plädieren seit Langem für ein einfacheres Wahlrecht. RED

Bundespolizei

Aufs eigene Konto

● Eine Bedienstete des Bundespolizeipräsidiums soll über einen längeren Zeitraum fingierte Reisekosten auf eigene Konten überwiesen und einen sechststelligen Betrag veruntreut haben. Die Frau war in einer Außenstelle in Koblenz zuständig für die Abrechnung von Auslandsreisen. Für die illegalen Überweisungen hatte sie angeblich eigens Konten mit falschen Namen angelegt. »Einzelheiten zum Sachverhalt können derzeit nicht mitgeteilt werden, weil dies den Ermittlungszweck gefährden könnte«, teilte die Staatsanwaltschaft Koblenz mit. AUL